

Der Präsident hat das Wort

Ein Jahr vor Beginn des Wahlkampfes – die SVP ist startklar

von *Walter Gartmann, Kantonrat, Präsident SVP Kanton St. Gallen*

Geschätzte Mitglieder der SVP des Kantons St. Gallen

In etwas mehr als einem Jahr startet der Wahlmarathon im Kanton St. Gallen – zuerst National- und Ständeratswahlen, danach Kantonsrats- und Regierungsratswahlen und am Schluss noch Wahlen auf Gemeindeebene. Dies bedeutet, dass in den nächsten 24 Monaten von uns allen viel Arbeit und Engagement abverlangt wird. Denn es ist wichtig, dass die SVP in allen Räten auf allen Stufen gut vertreten ist – nur so können wir sicherstellen, dass nicht in irgendwelchen Hinterzimmern Absprachen getätigt und am Volk vorbeigeschleust werden. Und nur dies ermöglicht es, dass sich in den Gremien Vertreter für mehr Freiheit, Selbstbestimmung, tiefe Steuern und Bürgernähe einsetzen. Dass eine starke SVP wichtig ist, zeigte sich im Juni im St. Galler Kantonsrat. Die SVP hat in der Spitaldebatte erfolgreich die Einsetzung einer kantonsrätlichen Spezialkommission zur Spitalpolitik zugestimmt. Die SVP ist in dieser Kommission mit sieben Kantonsräten aus allen Regionen des Kantons stark vertreten. Unser Anliegen ist es, die Vergangenheit

aufzuarbeiten, aber vor allem auch, die aktuellen Entwicklungen eng zu begleiten. Wir wollen eine zukunftsgerichtete Spitalversorgung für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Kanton.

«Gesichtsverhüllung soll im Kanton St. Gallen in Zukunft verboten werden.»

JA zu einem Gesichtsverhüllungsverbot

Neben der Gesundheitspolitik wird uns in diesem Herbst auf kantonaler Ebene das sogenannte Verhüllungsverbot beschäftigen. Aufgrund eines Referendums der JUSO werden wir am 23. September darüber abstimmen, ob es im Kanton St. Gallen in Zukunft erlaubt sein wird, z.B. mit einer Burka im öffentlichen Raum herumzugehen oder nicht. Die SVP hat das Verhüllungsverbot im Kantonsrat klar unterstützt. Dies, auch wenn das vorliegende Gesetz uns eigentlich zu wenig weit geht und leider etwas schwammig formuliert ist. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gesichtsverhüllung soll im Kanton St. Gallen in Zukunft verboten werden. Ich zähle hier auf Ihren Einsatz am 23. September.

Liebe Mitglieder und Sympathisanten der SVP des Kantons St. Gallen

Die wichtigste Abstimmung in diesem Jahr wird am 25. November stattfinden – wenn unsere Selbstbestimmungsinitiative zur Abstimmung kommt. Wenn Sie wollen, dass in Zukunft in der Schweiz Schweizer Recht gilt, dann stimmen Sie «JA»! Wenn Sie wollen, dass Volksentscheide gelten und umgesetzt werden, dann braucht es ebenfalls ein «JA»! Mit einem «JA» stärken wir die Schweiz! Damit dies gelingt, sind wir alle gefordert. Helfen Sie mit – schreiben Sie Leserbriefe, stellen Plakate auf oder motivieren Ihre Familie, Freunde und Nachbarn für ein «JA»! Oder veröffentlichen Sie Ihre Aussage, warum Sie für ein «JA» zur Selbstbestimmungsinitiative eintreten, auf selbstbestimmungsinitiative.ch.

Ich zähle auf Sie! ■

Walter Gartmann
Präsident
SVP Kanton St. Gallen



JA zur Selbstbestimmungs-Initiative



+
«Denn hier bestimmen wir!»

Agenda

Mittwoch, 29. August 2018, 20.00 Uhr

102. Delegiertenversammlung SVP Kanton St. Gallen in Degersheim

Freitag, 14. September 2018, 17.00 - 20.00 Uhr

Kreis- und Ortsparteienkonferenz in Thal

Freitag, 14. September 2018, 20.00 Uhr

E-Voting - Eine Gefahr für unsere Demokratie, Öffentlicher Anlass mit Nationalrat Franz Grüter in Thal

Montag, 17. September 2018 bis Mittwoch, 19. September 2018

Session des Kantonsrats

Sie finden die Agenda der SVP Kanton St. Gallen stets aktuell unter www.svp-sg.ch/agenda.html

Inhalte

Der Präsident hat das Wort 1

Agenda 1

Warum ein Verhüllungsverbot dringend notwendig ist 2

Impressionen 3

Aus der Kantonsratsfraktion .. 4

Warum ein Verhüllungsverbot dringend notwendig ist

Dass sich Frauen verhüllen, ob mit Burka, Nikab oder Kopftuch, ist für mich als aufgeklärte und emanzipierte Frau absolut inakzeptabel. Ich erkläre Ihnen gerne, warum.

von *Barbara Keller-Inhelder, Nationalrätin, Vizepräsidentin SVP Kanton St. Gallen*

Der Kampf gegen die islamische Verschleierung sei doch nur «symbolisch» und deshalb nicht angezeigt, argumentieren die Verhüllungsbeefürworter. Doch, gerade wegen der schwerwiegenden Symbolik ist es notwendig, hier eine Kleidervorschrift durchzusetzen.

Meine Familie hatte bis vor kurzem für drei Jahre berufsbedingt einen Zweitwohnsitz in Indien. Das Land ist enorm gross und die religiösen und kulturellen Hintergründe sind extrem unterschiedlich, und damit auch, je nach religiösem Kulturkreis, die Lebensqualität der Frau. Klar erkennbar ist Folgendes, und das auch weltweit:

Je häufiger man in einer Region muslimisch verhüllte Frauen sieht, desto unfreier, ungleicher und unterdrückter sind die Mädchen und Frauen. Dort wo die Frauen verhüllt sind, bestimmen ihre Väter, ihre Brüder und ihre Ehemänner über ihr gesamtes Dasein, bis hin zu Leben oder Tod.

Je häufiger die Frauen islamisch verhüllt sind, desto grösser ist auch der islamistische Einfluss auf die Politik, auf den Rechtsstaat und auf den Staat insgesamt, und desto unfreier und unterdrückter sind weite Teile der Bevölkerung.

Das Tragen der Burkas, Nikabs und Kopftücher sei «freiwillig» und wir hätten das zu akzeptieren, so die Verhüllungsbeefürworterinnen. Dazu Folgendes:

Nachdem der Iran in den 80er Jahren zur Islamischen Republik wurde, wurde den Frauen verboten, ihr Haar oder ihre Figur zu zeigen. Frauen, die sich nicht daran hielten, wurden verhaftet, geprügelt und eingesperrt. Oder in Algerien wurde proklamiert, dass unverschleierte Frauen ein «militärisches Ziel» seien – und die Welt nahm tatenlos zur Kenntnis, wie beispielsweise ein 17-jähriges Mädchen getötet wurde, weil es unverhüllt war.

In den zahlreichen muslimischen Ländern dieser Welt, wo Frauen diskriminiert, verhaftet, eingesperrt und sogar getötet werden, wenn sie sich unverschleiert bewegen, haben die Frauen mit Sicherheit keine echte Wahl.

Verhüllte Frauen sind nicht gleichberechtigt und sie sind nicht frei. Die Freiheit und die Gleichberechtigung sind aber zentrale Grundelemente in unseren freiheitlichen westlichen Demokratien und insbesondere in der Schweiz.

Aus diesen Gründen haben bereits diverse demokratische Länder Europas ein Verschleierungsverbot eingeführt: Belgien im April 2010, Frankreich im April 2011, die Niederlande im Januar 2012, Bulgarien und Lettland 2016, Österreich 2017.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat das gesetzliche Verbot der Vollverschleierung von Frankreich bestätigt und das in Belgien geltende Verbot der Vollverschleierung für rechtens erklärt. Es sei für eine «demokratische Gesellschaft notwendig» und die «Rechte und Freiheiten von Dritten würden damit geschützt»!

«Verhüllte Frauen sind nicht gleichberechtigt und sie sind nicht frei.»

Und das ist genau der wesentliche Punkt: Wenn wir die schleichende Anpassung an fundamentalistische Einwanderer weiterhin tolerieren und sogar noch fördern, wenn wir dabei gleichzeitig, ohne es zu realisieren, die hart erkämpften freiheitlichen Errungenschaften unserer westlich-aufgeklärten Zivilisationen preisgeben, wenn wir die negativen und gefährlichen Auswirkungen der Migrationsströme insgesamt ausblenden und tabuisieren, werden sich die Länder Europas sehr schnell zu solchen Ländern verändern, aus denen die Migranten eigentlich vorgehen, zu fliehen.

Muslimische Migranten, die ihre Frauen verhüllen wollen, können sich in 57 islamische Staaten begeben, wo sie ihre Kultur ausleben können. Es ist meines Erachtens absurd, wenn sozialdemokratische, christliche und liberale Frauen, die für Gleichheit, Gleichberechtigung und Emanzipation kämpfen, gleichzeitig für das Recht auf das Verhüllen von muslimischen Frauen in unserer freiheitlichen Schweiz kämpfen. Es wäre ihre Aufgabe gewesen, gegen die Verhüllung zu kämpfen. Aber weil sie es nicht getan haben, musste einer von uns, SVP-Nationalrat Walter Wobmann, mit seinem Egerkinger Komitee, und mit zahlreichen Helfern aus unseren Reihen, diese bedeutende und in ihrer Wirkung weit unterschätzte Aufgabe übernehmen.

Wir müssen die Freiheiten und die Frauenrechte, die unsere Vorfahren hart erkämpft haben, bewahren und dürfen sie konsequent nicht preisgeben – schon gar nicht aus einer verfehlten Toleranz gegenüber der intolerantesten Kultur dieser Erde, die unter dem Titel „Religion“ sämtliche Verstösse gegen verfassungsmässige Grund- und Freiheitsrechte durchzwängen will und oft auch kann.

Ich bitte Sie alle, dagegen zu halten, wo immer Sie können gegen die Verhüllung der Frau und für die Gleichberechtigung und die Freiheit aller Mädchen und Frauen in unserem Land zu kämpfen – und ich danke Ihnen dafür! ■

Barbara Keller-Inhelder
Nationalrätin,
Vizepräsidentin
SVP Kanton St. Gallen



Impressionen



Grosser Besucheranstrom am SVP-Buuresunntig mit Oldtimertreff vom 29. Juli 2018 im Buurebeizli Dergeten in der Nesslauer Laad



SVP-Buuresunntig aus der Vogelperspektive



Bauernpolitiker und Kantonsrat Walter Freund am SVP-Buuresunntig



Donat Kuratli (Präsident SVP Stadt St. Gallen, Mitglied Stadtparlament), Manuela Ronzani (Mitglied Stadtparlament) und Albert Rösti (Präsident SVP Schweiz) am SVP bi de Lüt vom 8. Juni 2018 in der Stadt St. Gallen



«Hört zu. Packt an»: Unter diesem Motto tourt die SVP durch die ganze Schweiz. Erster Stopp: Stadt St. Gallen



SVP bi de Lüt



Die Bauernpolitiker der SVP Kanton St. Gallen engagieren sich für eine produzierende Schweizer Landwirtschaft und sagen daher am 23. September aus Überzeugung «NEIN» zu den extremen linken Agrarinitiativen.

Impressum

Herausgeberin

SVP Kanton St. Gallen

Redaktion

Esther Friedli, Ivan Louis

Inserate

SVP Kanton St. Gallen
9000 St. Gallen
Tel 071 910 12 90
E-Mail: sekretariat@svp-sg.ch
www.svp-sg.ch

Erscheinung

4 x im Jahr mit SVP Klartext
August 2018

Auflage

3500 Exemplare

Aus der Kantonsratsfraktion

Spitalpolitik, Steuervorlage 17 und Führung der Berufsfachschulen – ein heisser Politherbst liegt vor uns

von *Michael Götte, Kantonsrat, Fraktionspräsident SVP Kanton St. Gallen*

Die Sommerpause ist vorbei und vor uns liegt ein intensiver Politherbst, bei dem neben nationalen Themen auch einige kantonale Themen hervorstecken.

Bevor es in die Sommerferien ging, debattierte der Kantonsrat Mitte Juni in der Session die Entwicklungen im St. Galler Spitalwesen. Aufgrund neuester Erkenntnisse liegen im Bereich der Spitalpolitik grosse Herausforderungen vor uns. Die SVP-Fraktion hat vor diesem Hintergrund den Antrag gestellt, eine kantonsrätliche Kommission einzusetzen, die die Spitalpolitik aufarbeitet und begleitet. Dies ermöglicht, dass auch der Kantonsrat über das so wichtige Thema mitdiskutieren kann. Die SVP-Fraktion ist erfreut, dass der Kantonsrat unserem Antrag auf Einsetzung dieser Spezialkommission zugestimmt hat. Die dringliche Debatte zur Spitalpolitik zeigte auf, dass viele Fragen im Raum stehen und ein grosser Bedarf besteht, diese zeitnah aufzuarbeiten und die Spitalpolitik in zukunftsgerichtete Bahnen zu lenken. Diese Spezialkommission unter der Leitung unseres Kantonalpräsidenten Walter Gartmann ist nun gefordert, rund um die aktuellen Geschehnisse im Gesundheitswesen die Weichen richtig zu stellen. Wir sind uns dessen Verantwortung bewusst und bringen uns mit allen Kräften in die Debatte ein. Neben der Aufarbeitung der Vergangenheit steht vor allem auch die enge Begleitung des Lenkungsausschusses von Regierung und Verwaltungsrat der Spitalverbände im Zentrum. Die

SVP-Fraktion wird sich in den nächsten Monaten intensiv mit der Gesundheitspolitik auseinandersetzen und dazu auch externe Referenten anhören, damit sie sich ein vertieftes Bild machen kann.

SVP fordert bei Steuervorlage 17 eine Entlastung von Bürgern und Unternehmen

Im Weiteren hat sich die SVP-Fraktion auf die bevorstehende Steuerdebatte vorbereitet, welche durch die Steuervorlage 17 vom Bund ausgelöst wurde. Der Bund musste nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III ein neues Paket schnüren, das dann in den Kantonen umgesetzt werden muss. Für die SVP des Kantons St. Gallen ist klar, dass der Kanton St. Gallen als Wirtschafts- und Steuerstandort wieder attraktiver werden muss. Nur so kann er sich im verschärften Standortwettbewerb behaupten. Allerdings geht

«Der Kanton St. Gallen muss als Wirtschafts- und Steuerstandort wieder attraktiver werden.»

ihre die geplante kantonale Vorlage viel zu wenig weit. Die SVP fordert beim Unternehmenssteuersatz Verbesserungen sowie die Senkung der kantonalen Mindeststeuer für Kapitalgesellschaften auf maximal 100 Franken. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass im Rahmen der Steuervorlage 17 auch die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden. Wir fordern daher die Erhöhung der Beschränkung des Pendlerabzugs auf

8'000.- Franken sowie die Anpassung des Einkommenstarifs bei Einkommen zwischen 30'000.- und 70'000.- Franken. Zudem fordern wir die Erhöhung der Sozialabzüge für Kinder.

Revision der Berufsfachschulen wird von Fraktion unterstützt

Bevor aber diese Themen für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger relevant werden, müssen wir uns aufgrund eines Ratsreferendum der CVP und SP mit der neuen Führungsstruktur der Berufsfachschulen auseinandersetzen. Die beiden Parteien haben aus ganz unterschiedlichen Gründen gegen die neue Führungsgestaltung in der Schlussabstimmung erfolgreich das Ratsreferendum ergriffen. Somit wird es zu einer Volksabstimmung kommen. Wir sind mit der geplanten Neuorganisation der Berufsfachschulen zufrieden, damit wird ein Schritt zu einer Klärung der Verantwortlichkeiten bei der Führung der Berufsfachschulen gemacht. Für die SVP-Fraktion ist wichtig, dass die Berufsbildung im Kanton St. Gallen auf keinem Fall geschwächt wird. Es ist uns auch bewusst, dass die Anpassung in der Führung noch lange nicht die letzten Anpassungen in der Berufsbildung sein wird. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. ■

Michael Götte
Fraktionspräsident



MOBILER WEIDEUNTERSTAND COVER ALL

sehr stabile Ausführung · auch bei Schnee geeignet · optimaler Wetterschutz · flexibel einsetzbar

Dirim AG · Oberdorf 9a · CH-9213 Hauptwil · www.dirim.ch · info@dirim.ch · T +41 (0)71 424 24 84